

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Die Heide wird frei!

von Kirsten Tackmann

Die erste Gelegenheit nach der sitzungsfreien Zeit um Ostern herum nutzte DIE LINKE um eine Aktuelle Stunde zu den Konsequenzen des Bombodrom-Urteils des OVG vom 27. März 2009 zu verlangen. Weil sich das Parlament mit einer so schallenden juristischen Ohrfeige für die Regierung befassen muss. Nach Auffassung des OVG waren die Anordnungen der Verteidigungsminister der rot-grünen bzw. schwarz-roten Bundesregierung zur Inbetriebnahme des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide von 2003 (Struck, SPD) und 2005 (Jung, CDU) rechtsstaatswidrig. Die Urteile der Vorinstanz vom Juli 2007 wurden bestätigt. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt zwar noch nicht vor, aber nach dem Prozessverlauf sehe ich angesichts der klaren Worte von Gerichtspräsident Kipp keinerlei Interpretationsspielraum. Selbst die Revision hielt er für wenig aussichtsreich. Es war also geboten, die so wichtige Frage schon jetzt im Parlament zu stellen: wie haltet ihr es mit den Bombodrom-Plänen angesichts der Aussicht, die Kyritz-Ruppiner Heide auch nach 15 Jahren Verfahrensstreit und 17 Jahre Widerstand vor Ort und in den Parlamenten für weitere Jahre

militärisch nicht nutzen zu können? Es war eine erstaunliche Debatte. Alle Rednerinnen und Redner zweifelten zumindest an der Durchsetzbarkeit der Pläne. Das ist eine spektakuläre Wende. Sie ist Ergebnis des entschlossenen Widerstands, geführt vor allem von FREIE HEIDE, Freier Himmel und Pro Heide, den DIE LINKE vor Ort aktiv unterstützt und konsequent in die Parlamente und rot-rote Regierungen getragen hat. Es wurde aber auch deutlich: die Abgeordneten der anderen Fraktionen hoffen, dass die Regierung die Pläne fallen lässt. DIE LINKE hatte konkrete Forderungen:

1. Verzicht auf die Berufung gegen das Urteil
2. eine Initiative aus der SPD für einen überfraktionellen Gruppenantrag gegen das Bombodrom. Es gibt rechnerisch eine rot-rot-grüne Mehrheit, die durch die CDU-MdBs aus den 3 Bundesländern abgesichert wäre, die an Beschlüsse ihrer Landesparlamente gebunden sind. Für diesen Glaubwürdigkeits-Test bleibt der SPD nicht mehr viel Zeit, denn auch da sind wir mit den Initiativen einig: wir lassen uns nicht auf die Zeit nach der Wahl verträsten. Nur auf eine Entscheidung vor der Wahl ist Verlass!



In dieser Ausgabe:

Strategieplanung der EU für 2010 – weiter so?
Lothar Bisky

Für eine soziale Verfassung
Wolfgang Neskovic

Gesetzentwurf zum Kinderschutz schafft neue Probleme statt Vorhandene zu lösen
Diana Golze

Nur die Gipfel haben Konjunktur
Dagmar Enkelmann

Pressemittelungen u. Reden der Landesgruppe

Informationen zum Thema: Schutzschirm für Menschen

Informationen zum Thema: Agro-Gentechnik

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Strategieplanung der EU für 2010 – weiter so?

von Lothar Bisky



Die Prioritäten der Europäischen Kommission (KOM) für 2010 sind wirtschaftlicher Aufschwung, nachhaltige Entwicklung, bürger-nahe Politik und Europa als Partner in der Welt.

Das klingt gut, nur: Die Kommission bricht nicht mit der Politik, die die Finanzkrise verursachte. Das europäische Konjunkturprogramm und die nationalen Maßnahmen bleiben, gemessen an der Wirtschaftsleistung (BIP), mit ca. 0,9 Prozent weit hinter den Maßnahmen vergleichbarer Regionen, wie den USA, Japan oder China zurück. Das ist zu wenig. Und: Es werden falsche Schwerpunkte gesetzt.

Steuergeschenke haben geringes wirtschaftliches Effet, öffentliche Investitionen sind der bessere Weg. Leider waren die Staats- und Regierungschefs der EU in dieser Hinsicht ein Bremsklotz auf dem G20-Gipfel. Dazu kommt die unzureichende europäische Koordination. Es bleibt unklar, wie auf die Währungskrisen und die Bedrohung durch Staatsbankrotte osteuropäischer Mitgliedstaaten sowie innerhalb der Euro-Zone, also z.B. Spaniens, Irlands, oder Griechenlands reagiert werden soll. Hier ist eine Euro-Anleihe unverzichtbar, um die Zinskosten für diese Länder zu senken. Nur so lassen sich teure Staatsbankrotte vermeiden, für die am Ende

auch die Steuerzahlenden in Deutschland eintreten müssen, um den gemeinsamen Binnenmarkt zu erhalten.

Die Fortsetzung der bisherigen Binnenmarktpolitik und der Lissabon-Agenda verschärfen die Wirtschaftskrise, da sie die Lohnentwicklung und damit Wachstum bremsen. Die Besserverdienenden werden ihr Geld im Unterschied zu jenen mit kleinen und mittleren Einkommen ins *Casino* tragen. Finanzprodukte nur der Aufsicht zu unterwerfen, halte ich für unzureichend. Klipp und klar: Hedge-Fonds gehören verboten und ohne konkrete Sanktionen gegen Steueroasen ist die Aufsicht völlig unwirksam.

Die „Lissabon-Strategie“ und die europäischen Verträge, die Tarifautonomie, das Streikrecht und die Tarifbindung von öffentlichen Aufträgen bedrohen, bedürfen einer Korrektur, denn: Mit dieser Strategie wird Europa nicht stabiler und sozialer werden. Aber darum geht es.

Für eine soziale Verfassung

von Wolfgang Neskovic

In der vergangenen Woche hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering einen für seine Partei erstaunlichen Vorschlag gemacht. Müntefering hat angeregt, eine gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen. Dieser Vorstoß des SPD-Vorsitzenden ist zwar nicht mehr als ein durchschaubares Wahlkampfmanöver. In der Sache hat Müntefering indes Recht. Das wiedervereinigte Deutschland braucht eine neue Verfassung.

Das Grundgesetz ist ein Provisorium. Es stellt einen Ersatz für eine Verfassung dar, die erst noch beschlossen werden muss. Der beste Zeitpunkt hierfür wurde im Jahr 1990 verpasst. Sowohl bei CDU als auch bei SPD gab es damals keinen aufrichtigen politischen Willen, eine gemeinsame neue Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland zu schaffen. Dabei lag mit dem Entwurf einer neuen Verfassung für die DDR, ausgearbeitet vom Runden Tisch, ein hervorragend geeigneter Beitrag für eine Verfassungsdiskussion vor. Statt-



dessen wurde die DDR der BRD über einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes förmlich "zuge schlagen." So gab es weder über die deutsche Einheit noch über ein neues Grundgesetz einen Volksentscheid. Ein solcher hätte durchaus dazu beitragen können, das Zusammenwachsen zwischen Ost und West zu befördern.

Das Grundgesetz hat sich bei der Sicherung der Freiheitsrechte weitestgehend bewährt. Eine neue Verfassung müsste jedoch deutlich sozialer ausgerichtet sein. Dies wird in der Finanzkrise besonders deutlich. Wir

brauchen eine Verfassung mit einklagbaren sozialen Grundrechten, wie z.B. dem Recht auf Arbeit, Wohnen, auf Bildung und soziale Sicherung. Notwendig ist auch eine Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips mit einem strikten Verbot der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge. Dabei ist die Verpflichtung des Staates festzuschreiben, sich vorrangig die notwendigen finanziellen Mittel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu verschaffen. Hierzu hat DIE LINKE. einen Gesetzesentwurf erarbeitet.

Gesetzentwurf zum Kinderschutz schafft neue Probleme statt Vorhandene zu lösen

von Diana Golze



Bei jedem der schlimmen Fälle von Kindesmisshandlung und Kindstötung, wie dem des kleinen Kevin aus Bremen, werden die Rufe nach einem besseren, effektiveren Kinderschutz immer lauter. Die Vorschläge, die Regierung und Koalitionsfraktionen dann bringen, legen aber häufig nur die große Ohnmacht offen, die zu herrschen scheint. Und dies ist kein Wunder, denn die Probleme sind hausgemacht. Auch der nun vorgelegte Gesetzentwurf zur Verbesserung des Kinderschutzes trägt nicht zur Qualifizierung des Kinderschutzes bei, sondern

schafft teilweise noch mehr Unklarheiten und baut neue Kontrollmechanismen auf. Der Entwurf erhielt von den Fachverbänden fast durchgängig Absagen. Vorrangig werden die Verpflichtung von Ärzten zur Weitergabe von kind- und elternbezogenen Daten an das Jugendamt und die Erweiterung der Aufgaben von Jugendämtern durch verpflichtende Hausbesuche kritisiert. Dabei wird die Frage, wie die Jugendämter das dadurch ausgelöste Fallaufkommen bearbeiten sollen, von der Bundesregierung genauso wenig beantwortet, wie die nach den Kosten. Dass mit derartigen

Verschärfungen das Bild des Jugendamtes als „Vollstreckungsbehörde“ noch verschärft wird, interessiert die Bundesregierung dabei augenscheinlich gar nicht.

DIE LINKE wird sich klar gegen ein Gesetz stellen, dass sich vom präventiven, vorsorgenden, unterstützenden Charakter des Kinder- und Jugendhilfegesetzes verabschiedet um es in ein Risikointerventionsgesetz zu verwandeln.

Ein besserer Schutz des Wohles der Kinder entsteht nicht durch mehr Kontrolle, sondern durch mehr Fachlichkeit und verlässliche und erreichbare Angebote. Dazu braucht es viele Akteure und besser ausgestattete Jugendämter. Und es braucht die Einsicht, dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist. Im Übrigen wiederhole ich meine Forderung: Wer Kinderschutz will, muss Kinderrechte ernst nehmen! Kinderrechte gehören ins Grundgesetz! Dafür wird DIE LINKE weiter streiten.

Nur die Gipfel haben Konjunktur

von Dagmar Enkelmann

Der Arbeitsminister lud zum Job-Gipfel, auf dem er erneut davon redete, das Kurzarbeitergeld möglicherweise zu verlängern. Am Dienstag kam die Koalition zum Bad-Bank-Gipfel zusammen. Lange wollte die Koalition von einer solchen Müllhalde für faule Kredite nichts wissen, nun will man dem Steuerzahler letztlich unkalkulierbare Risiken aufbürden. Bis zu 200 Milliarden Euro könnte die Abzockerei der Banken uns alle noch einmal kosten.

Mitte der Woche schließlich tagte der Wirtschaftsgipfel. Dass das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr um 6 Prozent einbrechen wird, eine Million Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verlorengehen und dabei schon die Wirkungen der beiden Konjunktur"päckchen" der Bundesregierung einberechnet sind, kann die Regierungskoalition nicht beirren. Sie schwadroniert weiter, dass man abwarten müsse und hofft - Augen zu und durch - die Zeit bis zur Wahl im September irgendwie zu überstehen.

Für DIE LINKE gilt: Zupacken ist angesagt. In dieser Woche stellte sie ihr Anti-Krisen-Programm im Bundestag zur Abstimmung. Als III. Kon-



junkturpaket zielt es auf nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wachstum. DIE LINKE fordert u.a. eine Stärkung der Mitbestimmung, einen Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro, ein verlängertes ALG I sowie verkürzte Arbeitszeiten. So schnell wie möglich sollen auch 500 000 öffentlich geförderte und existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, will DIE LINKE die SGB-II-Leistungen und weitere staatliche Zuschüsse zusammenfassen, um Arbeit zu finanzieren - und zwar in Höhe des Mindestlohns. Beschäftigung zu sichern ist die vordringlichste Aufgabe - angesichts einer offiziellen Arbeitslosig-

keit von 5 Millionen Menschen im Jahr 2010!

Nicht wenige Forderungen unseres "Schutzschirms für Menschen" finden sich übrigens im jetzt vorgelegten Entwurf des SPD-Bundestagswahlprogramms wieder. Für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn oder ein verlängertes ALG I gibt es nicht erst seit gestern Mehrheiten im Bundestag. Um diese für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam werden zu lassen, muss die SPD nicht bis in den Herbst warten. Wenn man den Menschen wirklich helfen will, kann man das auch vor der Wahl tun.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



Rede: Krise an der Wurzel packen

http://www.lothar-bisky.de/kat_reden_detail.php?v=213

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



PE: Steinbrück kann alle Karten auf den Tisch legen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1200640146>

<http://www.diana-golze.de>



PE: Kindergrundsicherung ist das richtige Ziel

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1211864417>

PE: Kinderbetreuung braucht mehr als nur Finanzspritzen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1244918101>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



PE: Für eine soziale Verfassung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1250786719>

PE: Empörende Äußerungen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1203824801>

Rede: Visionen sind Pflicht

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1306625181>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



PE: Endlich an der Zeit: Kein Bombodrom - nirgends

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1267816718>

PE: Girl's Day 2009: Zukunftstag in Krisenzeiten

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1226067940>

PE: Gentechnikfreie Region Prignitz ein Erfolg der Vernunft

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1209860529>

PE: Jedes weitere Zögern der Politik ist Verrat an den Interessen der einheimischen Milcherzeugerbetriebe

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292314557>

PE: Blinde Fortschrittsgläubigkeit in der CDU gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225440915>

Rede: Kein Bombodrom - nirgends! <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1351868334>

FINANZ- &
WIRTSCHAFTS-
KRISE

**SCHUTZ
SCHIRM**

FINANZ- &
WIRTSCHAFTS-
KRISE

Links zu Thema der Fraktion:

Schutzschirm

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1752126452

Finanz- und Wirtschaftskrise

<http://www.linksfraktion.de/finanzkrise.php>

Wirtschaftspolitik

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1729026680

Öffentlich finanzierte Beschäftigung

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1772228569

Managergehälter

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1714479897

Die Krise der Automobilindustrie - unser Konzept für Opel!

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1594558237>



Flugblatt: Ein Schutzschirm für Menschen

DIE LINKE hat ein sozial gerechtes Programm gegen die Krise, das die Rechte der Beschäftigten stärkt, Arbeitsplätze und Einkommen sichert und das garantiert, dass nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner die Kosten dieser Krise zahlen, sondern diejenigen, die sie verursacht haben.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7746955207.pdf>



Folder: Milliarden verzoockt, Vertrauen verspielt, der Casino-Kapitalismus ist gescheitert.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7709848747.pdf>



KLAR: Ein Schutzschirm für Menschen

Der Schutzschirm für die Banken ist riesig. Aber ein Schutzschirm für die Beschäftigten ist von dieser Regierung nicht zu erwarten. In der 13. Ausgabe von »Klar« stellt die Fraktion DIE LINKE Menschen hinter der Krise vor, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Weitere Themen sind: Der Krieg in Afghanistan, Bahnprivatisierung und eine Schule ohne Sitzenbleiber.

http://www.linksfraktion.de/publikationen_klar.php



Clara: Wir sind Europa

Armut ist politisches Versagen. Lothar Bisky, Vorsitzender der Europäischen Linken, vertraut auf die kulturelle Widerstandskraft vernünftiger Menschen. Menschen brauchen mehr Mitspracherechte, wenn es um ihre Angelegenheiten geht. Das ist eine der Hauptforderungen der Europäischen Linken. Dazu kommt noch ein europaweit geltender Mindestlohn, Abrüstung statt Aufrüstung und keine Militäreinsätze mehr. »Die Leute müssen das Gefühl haben, es ist ihr Europa.«

http://www.linksfraktion.de/publikationen_clara.php

Hintergrund zum Thema:

Genmais MON 810 in Deutschland verboten.



Es lohnt sich: Jahrelange Proteste auf der Straße, Online-Aktionen und die politische Arbeit der LINKEN in den Parlamenten und vor Ort haben dafür gesorgt, dass Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) ein Verbot ausgesprochen hat. Der Genmais MON 810 aus dem Hause Monsanto darf ab sofort nicht mehr in Deutschland angebaut werden. Am 17.4. wurde Monsanto durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) darüber informiert. Der US-Konzern hat daraufhin sofort gegen den Erlass geklagt. Der Genmais MON 810 produziert sein eigenes Insektengift. Dessen Wirkung auf unbeteiligte Tierarten - so genannte Nicht-Ziel-Organismen - und das Bodenleben sind weiterhin völlig ungeklärt. Daher kam das Ministerium nicht umhin, einen sofortigen Stopp anzuordnen. Dadurch sollten Gefahren für die Umwelt abgewandt werden. Kritiker behaupten, Bundesministerin Aigner (CSU) hätte nur aus wahltaktischen Gründen gehandelt. DIE LINKE bleibt dabei: Der Schritt war überfällig! Wenn die Agro-Gentechnik nicht sicher ist, dann soll sie sich vom Acker machen. Für Brandenburg waren in diesem Jahr 1.600 Hektar zum Anbau von MON 810 angemeldet.

➤ **Antrag der LINKEN „Volkswirtschaftliche Kosten der Agro-Gentechnik ermitteln und offen legen“**

Drs. 16/7903 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7729830026_1607903.pdf

Rede: Kirsten Tackmann:

➤ **Mit der Agro-Gentechnik verdienen wenige sehr viel Geld auf Kosten aller!**

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1355239809>

Bescheid des BVL an Monsanto:

<http://www.bvl.bunde.de>

Pressemitteilung von Ilse Aigner, 14.4.2009:

➤ **Aigner verbietet den Anbau von MON810:**

http://www.bmelv.de/cln_045/nn_754188/DE/04-Landwirtschaft/Gentechnik/MON810.html_nnn=true

Pressemitteilung Dr. Kirsten Tackmann (MdB), 14.4.2009:

➤ **Genmaisverbot: Ministerin zur Vernunft gezwungen:**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1277352633>

Pressemitteilung Dr. Kirsten Tackmann (MdB), 15.4.2009:

➤ **Blinde Fortschrittsgläubigkeit in der CDU gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft:**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225440915>

Pressemitteilung Dr. Kirsten Tackmann (MdB), 21.4.2009:

➤ **Gentechnikfreie Region Prignitz ein Erfolg der Vernunft**

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1209860529>

Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg:

<http://www.gentechnikfreies-brandenburg.de>

info @

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

Parlamentarische Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche (Auszug):

„500.000 Arbeitsplätze – Existenzsichernd und öffentlich gefördert“

Drs. 16/12682 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7762996056_1612682.pdf

„Sicherheit und Zukunft - Initiative für ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm“

Drs. 16/12292 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786037585_1612292.pdf

„Gute Arbeit - Gutes Leben. Initiative für eine gerechte Arbeitswelt“

Drs. 16/6698 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787291156_1606698.pdf

„Keine Schusswaffen in Privathaushalten – Änderung des Waffenrechts“

Drs. 16/12395 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718128579_1612395.pdf

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz

Drs. 16/1411 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746435673_1601411.pdf

„Internationale Ächtung des Söldnerwesens und Verbot der Erbringung militärischer Dienstleistungen durch Privatpersonen und Unternehmen“

Drs. 16/11375 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799573558_1611375.pdf

„Gewerbesteuerumlage - an den Bund abschaffen, an die Länder schrittweise auf Null absenken“

Drs. 16/ 11373 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794722072_1611373.pdf

„Erhöhung des Schonvermögens im Alter für Bezieher von Arbeitslosengeld II“

Drs. 16/ 5457 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7749509853_1605457.pdf

„Atomwaffen aus Deutschland abschaffen“

Drs. 16/12684 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787564023_1612684.pdf

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEN der 16. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter : <http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

Namentliche Abstimmungen zur Nuklearen Abrüstung:

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD ([16/12689](#)):

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	195	0	0
SPD	183	0	0
FDP	49	0	0
LINKE	0	38	0
B90/Grüne	0	39	0

Antrag der Fraktion DIE LINKE. ([16/12864](#)):

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	0	193	0
SPD	0	180	1
FDP	0	48	0
LINKE	0	37	0
B90/Grüne	0	39	0

Antrag der Fraktion der FDP ([16/12667](#)):

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	0	193	0
SPD	1	181	1
FDP	48	0	0
LINKE	38	0	0
B90/Grüne	39	0	0

Antrag der Fraktion B90/GRÜNE ([16/12686](#)):

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	0	195	0
SPD	2	179	2
FDP	0	0	49
LINKE	37	0	0
B90/Grüne	39	0	0